

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Freitag, 27. Mai 1938

Nr. 124

## Aus dem Inhalt:

Heinrich Herget  
tödlich verunglückt

Gestapo gegen österreichische  
Nationalsozialisten

Vormarsch an der spanischen  
Ostfront

## Englischer Sonderdelegierter nach Prag und Berlin

London. (Havas.) In gut informierten Kreisen wird die Nachricht bestätigt, daß der Vorstand des Mitteleuropäischen Departements des britischen Außenamtes, William Strang, aus London abgereist ist, um die Städte Berlin, Prag und Paris zu besuchen. Er wurde mit der Aufgabe betraut, Informationen bei den britischen Vertretungsbehörden einzuholen. Wie verlautet, wird Strang etwa nach 14 Tagen wieder nach London zurückkehren.

Dr. Hodža empfing gestern die Gesandten Jan Masaryk und Dr. Csufty.

## Ein englischer Beobachter?

Das Tsch. P.-B. meldet ferner:  
London. Die britische Regierung erwägt die Entsendung eines Beobachters ins sudetendeutsche Gebiet. Zweck dieser Maßnahme ist, das Risiko von Zwischenfällen auf das geringste mögliche Maß zu beschränken. Der Plan ist jedoch noch nicht ganz bestimmt, wie schon in einigen Briefmeldungen angedeutet wurde. Es ist noch nicht einmal über die praktische Wirksamkeit entschieden, und es wurden in dieser Richtung auch noch keine Schritte unternommen. Deutschland hat gegen diesen Plan keine Einwendungen und im „Wölflischen Beobachter“ wurde ein ähnlicher Gedanke aufgeworfen.

Im Unterhause stellte Abgeordneter Noel Baker (Labour) an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob die Regierung den Antrag stellen werde, eine unparteiische internationale Kommission an die tschechoslowakisch-deutsche Grenze zu entsenden, um die angeblichen Grenzverletzungen und andere Zwischenfälle zu untersuchen.

Unterstaatssekretär Butler antwortete: „Die Entsendung des Abgeordneten Baker ist eine von jenen, an die die Regierung denken wird, für den Fall, daß sie nützlich sein könnte.“

Baker: „Dient die Regierung daran, daß in ähnlichen früheren Fällen, die Erfahrung bei Kriegsgefahr gezeigt hat, daß die Anwesenheit einer solchen

unparteiischen Kommission eine Friedensgarantie für alle ist?“

Abgeordneter Davidson (Labouropposition): „Ist es dem Ministerpräsidenten möglich, eine unparteiische Kommission zu ernennen?“  
Butler antwortete auf diese zwei Zusatzfragen nicht.

## Lügenpropaganda gegen die Armee

Prag. (Amilich.) Eine staatsfeindliche Propaganda verbreitet im Grenzgebiet, daß das Militär schlecht verpflegt sei, daß die Soldaten in den Dörfern betteln. Alle solche Nachrichten sind unwahr. Das Ministerium für Nationalverteidigung hat Donnerstag durch direkte Kontrolle an Ort und Stelle festgestellt, daß die Verpflegung aller Truppenkörper klaglos funktioniert. Das Militär erhält täglich drei ausgiebige warme Mahlzeiten. Nahezu überall bringt die Bevölkerung tschechischer und deutscher Nationalität auch Freude über das Einreisen des Militärs diesen von selbst ständig Erfreuerungen der verschiedensten Art. Da diese Tatsache von einer böswilligen staatsfeindlichen Propaganda zu Gerüchten über Betteln und Hungern des Militärs mißbraucht werden, fordert die Militärverwaltung die Bevölkerung auf, von diesen Aufmerksamkeiten Abstand zu nehmen. Eine Person, die diese Nachrichten verbreitete, wurde Donnerstag verhaftet. Sie gestand, daß sie zur Verbreitung dieser Nachrichten aufgefordert worden ist.

## Inspektionsreise des Verteidigungsministers

Minister für Nationalverteidigung Machnik hat, wie amtlich gemeldet wird, dieser Tage eine Vereisung und Inspektion einiger Gebiete und Garnisonen durchgeführt.

## Die Sozialdemokratie — die deutsche Friedenspartei

Die Führung der SdP treibt ein Va banque-Spiel

Romota u. Eigenbericht.) Im dichtbesetzten Großen Saal sprachen Donnerstag abends Abg. Wenzel Jatsch und als Vertreter der englischen und der holländischen Arbeiter Großmann und Van Overberg, sowie Paula Wallisch. Abg. Jatsch führte u. a. aus:

Ich ergreife die Gelegenheit, vor dieser Wählerversammlung eine historische Schuldfrage aufzuwerfen und klarzustellen. Ich beschuldige die Führung der Sudetendeutschen Partei, daß sie durch ihr Vorgehen in den letzten Wochen systematisch auf den Krieg hinarbeitet. Die Prager Regierung ist bereit, zu jeder Stunde innerpolitische Verhandlungen über die Gewährung der staatspolitischen Gleichberechtigung der Sudetendeutschen aufzunehmen. Die demokratischen Westmächte haben sich für eine friedliche Lösung der sudetendeutschen Frage auf der Basis des gleichen Rechts der in unserem Staat lebenden Nationen und Volksgruppen ausgesprochen. Wer diese dargebotene Friedenshand ausschlägt, übernimmt vor dem eigenen Volk, vor der europäischen Öffentlichkeit und vor der Geschichte eine furchtbare Verantwortung. Wir deutschen Sozialdemokraten haben bis zur Selbstaufopferung für eine Friedenserlösung gestritten und wir sind heute im sudetendeutschen Lager die einzige Friedenspartei. Die Führung der Sudetendeutschen Partei aber hat va banque gespielt, sie hat die innere und äußere Machtfrage falsch eingeschätzt, sie hätte in größter Stunde ihre Fehler einbekennt, um von der Bahn des Verderbens abzubiegen. Ich mende diesen Herren aber nicht jenes Maß von Verantwortungsgelüben, welches notwendig wäre, um mit ihren Anhängern in einen friedlichen Ausweg einzuschwenken. Die Entscheidung ist bei den sonntägigen Gemeinbewahlen noch einmal in die Hand eines großen Teiles der sudetendeutschen Wähler gesetzt.

## Ruf zur Besinnung!

Seit Sonntag hat sich in der Stimmung der sudetendeutschen Bevölkerung manches geändert. Eine hemmungslöse Agitation, die auf die tatsächlichen Verhältnisse keine Rücksicht nahm, hatte in den Menschen den Glauben zu erwecken versucht, als ob in den Grenzgebieten die tschechoslowakische Staatsmacht nicht mehr lange existieren werde und daß dort bald andere Herren gebieten werden.

Die Verfügungen, die ab Samstag getroffen und der Bevölkerung sichtbar wurden, haben in allen Kreisen, die den Frieden wollen und auf Seiten der demokratischen Republik stehen, wahrhaft herzstärkend gewirkt.

eine Welle neuen Mutes und Selbstbewußtseins haben sich über das Grenzland ergossen. Dagegen ist manchem, der schon den billigen Triumph über die Demokratie und ihre Anhänger zu sehen vermeinte und glaubte, seine Nachgelüste an den Anhängern der Freiheit und des Fortschrittes bald befriedigen zu können, das Herz in die Hosen gefallen.

Mancher Parteigänger der SdP geht nicht mehr so siegesdröhig und so erhobenen Hauptes umher, wie in der vergangenen Woche.

Auf jene, welche sich noch ein kritisches Urteil bewahrt haben, hat auch die Tatsache, daß der „Führer“ Konrad Henlein in der entscheidenden Stunde nicht bei seinen Volksgenossen war, einen Eindruck gemacht, der nicht vorübergehend sein und sich noch äußern wird. Es wird der Tag kommen, da es Herrn Henlein von seinen Leuten vorgelesen werden wird, daß der Offizier in der Stunde der Gefahr zur Mannschaft gehört und daß ein Politiker, der nicht da ist, wenn er am notwendigsten gebraucht wird, keinen Anspruch darauf erheben kann, als „Führer“ bezeichnet zu werden. Während der Vorherrschaft der sudetendeutschen Sozialdemokratie Abg. Jatsch fast Tag um Tag in Versammlungen und Konferenzen spricht, insbesondere in den Orten, die vor der Wahlentscheidung stehen, der Führer der deutschen Sozialdemokraten an der Front ist und zwar dort, wo der Kampf am dichtesten tobt —

hat es Herr Henlein vorgezogen, in dem erstehenden Augenblick, den wir seit Jahren verlobt haben, fern vom Schauplatz zu sein.

Er, der sich noch vor kurzem, anlässlich seines 40. Geburtstages als Frontkämpfer des Weltkrieges feiern ließ, ist von der Front in dem ersten Moment desertiert, als es begann heiß zuzugehen. Man wird ihm das nicht vergessen und diese Erfahrung, welche das Sudetendeutentum mit seinem „Führer“ gemacht hat, wirkt alles anders als erbebend.

Amso entschlossener kämpfen die Aader der sudetendeutschen Sozialdemokraten, welche nunmehr das Gefühl haben, daß sie nicht verlassen sind. Sie sind sich des Ernstes der Lage bewußt, aber sie wissen auch, daß der schwere Kampf, den sie seit Wochen führen, nicht ohne Erfolg gewesen ist, daß von einem „Herrerrennen“ und „Bernichten“ der deutschen Sozialdemokratie keine Rede ist. In diesem Kampfe heißt die Parole:

Frieden oder Krieg, Freiheit oder Barbarei.

Die Menschen im Grenzgebiet haben seit Sonntag einen Anschauungsunterricht darüber erhalten, daß die Hebe der Sudetendeutschen Partei die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschwört, mit all dem unvorstellbaren Schrecken, mit dem Meer von Blut und Tränen, in welchem das sudetendeutsche Volk und mit ihm ganz Europa zu versinken droht. Männer und Frauen sehen diese Gefahr lebhaftig vor sich.

Die überwiegende Masse der Bevölkerung, Tschechen wie Deutsche, wollen keinen Krieg.

Auch unter den Anhängern der Sudetendeutschen Partei tritt dieses Empfinden auf. Es ist ein anderes vom Kriege zu sprechen, wenn die Gefahr nicht akut ist und ein anderes, wenn man bangt, daß sich das Gewitter eines Krieges über unseren Köpfen drohend erhebt und unsere Heimat von dem Blut der Söhne und Enkel gerödet werden kann, wenn alles, was wir geschaffen, mit Vernichtung bedroht wird! Die deutsche Sozialdemokratie hat in den letzten Monaten auf diese entsetzliche Gefahr aufmerksam gemacht und manch einer hat erst seit Sonntag begriffen, wie recht wir gehabt haben. Deswegen wird vielen erst jetzt einleuchten, was in einem Flugblatt der deutschen Sozialdemokratie, welches für jene bestimmt ist, die am Sonntag zur Wahl gehen, gesagt wird:

Wir sind, wie der englische Ministerpräsident Chamberlain im Unterhause andeutete, nur um Haarsbreite am Ausbruch eines neuen Weltkrieges vorbeigegangen. Jeder weitere Schritt zur Gleichschaltung mit der Kriegspolitik des Nationalsozialismus bedeutet eine Volkskatastrophe.

Wir rufen in letzter Stunde zur Besinnung auf.

Die Führerpropaganda der SdP hat das sudetendeutsche Volk schändlich betrogen.

Die Tschechen sind nicht feige Davongelaufen, wie es von einfältigen Maulhelden prophezeit wurde!

England, Frankreich, Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben nicht ruhig zugehört, als die Tschechoslowakei militärisch bedroht wurde.

Die deutschen Sozialdemokraten haben doch recht gehabt!

In vollem Umfange hat sich unsere Ueberzeugung bewahrt, daß die Gleichschaltung der Sudetendeutschen Gebiete mit dem nationalsozialistischen Deutschland nur um den Preis eines europäischen Krieges erreicht werden könnte.

In diesem Krieg würden die großen Demokratien und Sowjetrußland — vier Fünftel der zivilisierten Menschheit — neben uns!

In diesem Krieg würde das deutsche Volk zehnfach schwerer geschlagen als im Jahre 1918.

Die Demokratien des Westens aber wollen, daß den Sudetendeutschen alle Lebensrechte gesichert werden ohne Krieg!

Die volle staatspolitische Gleichberechtigung der Sudetendeutschen, der Umbau des tschechoslowakischen Staates in eine wahre Völkerheimat sind nunmehr mit friedlichen Mitteln zu erreichen.

Die Stunde für einen ehrlichen und dauernden Ausgleich der Völker unseres Landes, hat geschlagen...

Die sudetendeutsche Bevölkerung wird immer mehr erkennen, daß unser Weg der richtige ist, um ohne Krieg, Blutvergießen, Vernichtung und jam-

## Dr. Hodža über das Statut

Die Arbeiten wurden im Feber 1937  
begonnen

„Paris Eoir“ veröffentlicht eine Unterredung seines Sonderberichterstatters mit Dr. Milan Hodža.

Der Ministerpräsident erklärte, daß die Regierung entschlossen sei, in der Befriedung sehr eilt zu gehen. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten könnten bald beseitigt sein. Die Vorschläge, sagte Dr. Hodža, sind fertig, die Früchte sind gereift. Wir arbeiten an der Anwesenheit seit Feber 1937. Alles kann leicht geregelt werden, denn wir haben den besten Willen, wenn dem Problem sein innerpolitischer Charakter belassen wird.

Verhandlungen über eine Aenderung der Außenpolitik erklärte der Ministerpräsident für abgeschlossen, denn das sei eine europäische Angelegenheit. Die Reformen, die das Statut beabsichtigt, können im Rahmen der Verfassung durchgeführt werden, zur Verwirklichung der Selbstverwaltung können legislative Maßnahmen hinreichen.

Die Grundzüge des Statuts sagte Dr. Hodža so zusammen: Selbstverwaltung und Proportionalität, das heißt, daß die Deutschen, die 22 Prozent der Bevölkerung bilden, Zutritt zu 22 Prozent der Stellen auf sämtlichen Gebieten der Staatsverwaltung haben werden. Die übrigen Nationalitäten werden die gleichen Vorteile im Verhältnis zu ihrer Zahl haben.

Ich glaube, schloß Dr. Hodža die Aussprache, daß der Mensch weder blindlings Optimist noch pessimist sein darf; was mich betrifft, bemühe ich mich vor allem, Realist zu sein.









